



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	Bau/016/2012
Datum	Montag, den 10.12.2012
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Herr Bernhard Noack	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Martina Heil-Schön	Stadtverordnete	SPD
Herr Jens Kraft	Stadtverordneter	SPD
Herr Günter Pohl	Stadtverordneter	SPD
Herr Rolf-Georg Pross	Stadtverordneter	SPD
Herr Achim Beck	Stadtverordneter	CDU
Frau Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stv. Gerhardt
Frau Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hermann Spory	Stadtverordneter	FW
Herr Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter	FDP; i.V.f. Stv. Meißner

vom Magistrat

Herr Harald Semler	Stadtrat	
Herr Carl-Peter Greis	Stadtrat	(ab 19:00 Uhr)

von der Verwaltung

Herr Holger Hartert	Amt für Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Karl-Ernst Schaub	Planungs- und Hochbauamt
Herr Daniel Hartmann	Planungs- und Hochbauamt
Herr Markus Heller	Tiefbauamt
Herr Ulrich Erbe	Tiefbauamt
Herr Paul-Gerhard Volz	Tiefbauamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kulig, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend

Stv. Droß, SPD-Fraktion
Stv. Weigel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Becker, Seniorenrat

AV N o a c k eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar
- Sachstandsbericht -**

- 2 Alte Lahnbrücke Wetzlar
1. Erneuerung des Brückenbelages und Bereitstellung der hierfür notwendigen Finanzierungsmittel
2. Maßnahmen zur Schonung des neu verlegten Pflasterbelages
Vorlage: 1211/12**

- 3 Aufhebung der Sanierungssatzung der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1226/12**

- 4 Kaskade auf dem Alten Friedhof / Frankfurter Straße
Kostenermittlung zur Instandsetzung
Vorlage: 1215/12**

- 5 Fahrradwegekonzept und Radverkehrsbeauftragter
Vorlage: 1197/12**

- 6 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012)
Vorlage: 1061/12**

- 7 Neugestaltung der Anbindung Verbrauchermarkt Dammstraße (L 3285) Niedergirmes einschließlich der Wegführungen und Bushaltestellen an der Dammstraße
Vorlage: 1174/12**

- 8 Grundstückstausch
NABU-Stiftung Hessisches Naturerbe, Wetzlar
Vorlage: 1220/12**
- 9 Grunderwerb
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Koblenz
Vorlage: 1221/12**
- 10 Grundstücksverkauf
Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar
Vorlage: 1222/12**
- 11 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 07.11.2012**
- 17 Verschiedenes**

**zu 1 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar
- Sachstandsbericht -**

Herr Erbe berichtete über den derzeitigen Stand der Baumaßnahmen. Der Busbahnhof wurde zum Abschluss gebracht. Derzeit finden noch Nacharbeiten sowie die Mängelbeseitigung statt. Die undichten Stellen am Hauptdach wurden festgestellt und werden derzeit beseitigt. Es handele sich hierbei um ein Sonderbauwerk, so dass es nicht unüblich sei, dass zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal nachgearbeitet werden müsse. Die Mängel seien festgehalten und werden durch die Baufirma abgestellt.

Die Sanierung der Treppe zur Brücke Richtung Hermannstein sei fast abgeschlossen. Die Einhausung sei bestellt und werde voraussichtlich im März - je nach Witterung - montiert. Im Bereich der Anzeigetafel werde im Durchgangsbereich eine Barriere erstellt, damit der Bereich nicht weiter als Durchgang genutzt werde. An der P+R-Anlage sei die städtische Maßnahme unterbrochen, da durch die Firma Weil noch Maßnahmen der Bahn durchgeführt werden, die die städtischen Flächen beanspruchen. Der Ostbereich der Anlage sei noch abgesperrt, der Westbereich werde bereits als P+R-Parkplatz genutzt.

Durch die Bahn wurden die Treppe und die Rampenanlage als Rohbau hergestellt, diese sollen vor Weihnachten eröffnet werden. Die Nutzung von der Bahnhof Nordseite werde eingeschränkt, so dass die Baumaßnahmen halbseitig weiter durchgeführt werden können. In dem Bereich fehle noch die Beleuchtung.

Bezüglich der Baumaßnahmen der Bahn seien am Bahnsteig 3 die Höhen des Bahnsteiges abgeschlossen. Jetzt erfolge noch die Maßnahme der Überdachung. Wetterbedingt und durch den Hessentag seien hier Verzögerungen eingetreten. Nach Auskunft der Bahn solle die Fertigstellung voraussichtlich im März erfolgen. Die Tendenz gehe aber dahin, dass die Fertigstellung sich vermutlich noch bis in den April/Anfang Mai hinauszögern könnte, da im Bereich der Unterführung noch Fliesen- und Anstricharbeiten getätigt werden müssen, die vom Wetter abhängig seien.

Die letzte Maßnahme sei die Montage von zwei Dächern in den Zugangsbereichen; diese seien bereits bestellt. Es handele sich um Sonderbauwerke und nach der derzeitigen Planung sollen diese Ende März/Anfang April montiert werden.

Bezüglich der Lichtwand in der Unterführung führte Herr E r b e aus, dass gemäß der Planung 120.000 € veranschlagt gewesen seien. Nach der jetzigen Markterkundung belaufen sich die Kosten jedoch auf 303.000 €. Wegen dieser hohen Kosten wurde auch die Ausschreibung aufgehoben. Es sei daher noch zu entscheiden, inwieweit eine Lichtwand in der Unterführung eingebaut werden solle.

Weiterhin teilte Herr E r b e mit, dass durch die Bahn angekündigt wurde, dass sie zu den bereits im Juni genannten Kosten i. H. v. 326.000 € Mehrkosten geltend machen will. Hier wurde die zweite Staffel angekündigt. Herr E r b e ergänzte hierzu, dass die Kostensteigerung sich aber überwiegend im Bereich der Maßnahme der Bahn befinde. Bei der Kostenentwicklung der Maßnahme des Bahnhofes liege man im Bereich der geplanten Kosten. Die Kosten für den P+R-Parkplatz seien im Vergleich zur Schätzung mit denen der Auftragsvergabe gleich. Der Ausgleich einer eventuellen Kostenerhöhung könnte aus den Ersparnissen im Bereich Busbahnhof erfolgen.

Stv. D r o ß erkundigte sich, wann der Weg zur Wolfgang-Kühle-Straße ausgebaut werde. Herr E r b e antwortete, dass die Planung in 2013 angestoßen werde und hierfür bereits eine Zusage für eine 85-prozentige Bezuschussung vorliege. Die Ausführung werde voraussichtlich in 2014 erfolgen.

Stv. W o l f fragte an, wie es sein könne, dass sich im Vergleich zur Kostenschätzung für die Lichtwand in der Ausschreibung mehr als eine Verdoppelung der Kosten ergeben habe. Herr E r b e erklärte, dass dies möglich sei, da es sich hierbei um ein künstlerisches Projekt handele. Es lagen bisher zwei Angebote vor.

Stv. W o l f führte weiter aus, dass es durch die Baumaßnahme der Bahn derzeit zu Verwirrungen bei den Reisenden komme. Er fragte, wie man Einfluss auf die Bahn nehmen könne, dass die Information erfolge, dass gemäß dem Fahrplan Gleis 5 derzeit nicht bedient werde und die Züge vom Gleis 6 abfahren. Herr E r b e sicherte zu, diese Information an die Bahn weiterzugeben.

Stv. P o h l erkundigte sich nach den Eigentumsverhältnissen von der Gleisanlage im Bereich des P+R-Parkplatzes. Herr E r b e erklärte, dass diese im Eigentum der Bahn sei. Stv. P o h l fragte weiter nach der Nutzung der Fahrradboxen und mit wem die Fahrkartenstelle einen Vertrag abschließe. StR S e m l e r ging hierbei auf die Anfrage aus der Bauausschusssitzung vom 07.11.2012 ein. Pro Box werde ein Entgelt von monatlich 10 € gezahlt. Die Mindestlaufzeit betrage einen Monat. Der ermäßigte Preis liege bei 100 € bei einem Jahresvertrag. Ein Viertel der Einnahme werde an die Stadt zurückgeführt. Herr E r b e ergänzte, dass zusätzlich an der Nordseite zehn weitere Fahrradboxen aufgestellt werden.

zu 2 Alte Lahnbrücke Wetzlar
1. Erneuerung des Brückenbelages und Bereitstellung der hierfür notwendigen Finanzierungsmittel
2. Maßnahmen zur Schonung des neu verlegten Pflasterbelages
Vorlage: 1211/12

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1

zu 3 Aufhebung der Sanierungssatzung der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1226/12

Stv. B e c k führte aus, dass nach seinem Wissen in 2010 etliche Bebauungspläne im Sanierungsgebiet nicht abgearbeitet waren. Aus der Vorlage gehe nicht hervor, dass dies bis jetzt erfolgt sei. Weiter sagte er, dass es Vergleiche aus anderen Städten gebe, wo man den Eigentümern Verträge anbiete und das Geld wieder für Sanierungsmaßnahmen einsetzen könne. Dieses Geld müsse nicht an das Land zurückgezahlt werden.

StR S e m l e r erklärte, dass die Fristverlängerung für die Aufhebung der Sanierungssatzung Ende 2012 auslaufe, deswegen sei Handlungsbedarf gegeben. Das vorgestellte Modell sei durchaus denkbar, dass das vereinnahmte Geld wieder für die Sanierung eingesetzt werde und bei der Stadt verbleibe. Es sei jetzt geboten, rasch daran zu arbeiten, um die vorgegebenen Formalien umzusetzen. Bei der Umsetzung könnte beispielsweise das vereinnahmte Geld in einem Fonds angelegt werden. Grundsätzlich sollten die Eigentümer für die Wertsteigerung ihrer Liegenschaften aus Gerechtigkeitsgründen einen Beitrag leisten. Die Wertsteigerung werde durch Dritte ermittelt. In die Sanierung sei sehr viel Geld geflossen. Bei allen Grundstücken im Sanierungsgebiet wurde im Grundbuch ein Vermerk eingetragen.

Herr S c h a u b ergänzte, dass es gemäß des Magistratsbeschlusses eine Ablösung geben solle. Was mit den Einnahmen geschehe, müsse noch geklärt werden. Gegenüber dem Land müsse mitgeteilt werden, dass der Abschluss der Sanierung erfolgt sei. Verschiedene Informationsveranstaltungen zur Veranlagung seien mit Grundstückseigentümern sowie Vertretern der Politik geplant. Hierbei gehe es vor allem um die Darstellung der Maßnahmen, die über 40 Jahre gedauert haben.

Stv. B e c k fragte an, ob bekannt sei, wie hoch die Einnahmen voraussichtlich sein werden. Herr H a r t m a n n antwortete, dass die Nassauische Heimstätte sowie das Amt für Bodenmanagement sich derzeit mit Zahlen zurückhielten, solange noch nicht ein Gutachten vorliege. StR S e m l e r ergänzte, dass gemäß des Ablaufplanes dargestellt sei, dass Ende 2014 das Gutachten erstellt sein werde. Danach könnten erst die Kosten genannt werden. Für den Bereich der Neustadt werde etwas früher mit den Angaben gerechnet.

Herr S c h a u b sagte, dass mit dem Bereich der Neustadt begonnen werden sollte und sukzessive der Sanierungsbereich fortgeführt werde. StR S e m l e r merkte an, dass es

sich hierbei um eine Maßnahme handele, die vor 49 Jahren begonnen worden sei. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, dass die Vorbereitung sehr gründlich erfolge und die Öffentlichkeit unterrichtet werde.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 4 Kaskade auf dem Alten Friedhof / Frankfurter Straße
Kostenermittlung zur Instandsetzung
Vorlage: 1215/12**

Stv. W o l f führte aus, dass es sich hier um ein Kulturdenkmal im Friedhofsbereich handele, was es in dieser Form nur noch ganz selten gebe und in den Jahren 1880 und 1940 in Wetzlar entstanden sei. Es sei wichtig, dass für die Sanierung die Kosten ermittelt werden, damit man nachher in einem Abschnittsplan die Sanierung der Kaskaden durchführen könne.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 5 Fahrradwegekonzept und Radverkehrsbeauftragter
Vorlage: 1197/12**

Stv. B e c k bezog sich auf die vorliegende Änderung des Beschlusstextes durch die Antragsteller und fragte an, wen man unter Punkt 1 mit der Formulierung „an der Thematik interessierten Bürgern“ ansprechen wolle. Stv. D r o ß erklärte, dass man dies im Rahmen einer Bürgerbeteiligung ermitteln wolle. Daran werde auch der ADFC beteiligt. Außerdem solle eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, zu deren Mitarbeit öffentlich eingeladen werden solle.

Stv. B e c k nahm Bezug auf die neue Ziffer 3 des Beschlusstextes und fragte nach den „neuen rechtlichen Gegebenheiten“. Stv. D r o ß bezog sich hierbei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig, wo bei der Entscheidung überwiegend auf die Beschilderung der Wege abgezielt wurde.

Der Ausschuss fasste einstimmig (9.0.2) folgenden geänderten Beschluss:

„1. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem ADFC und an der Thematik interessierten Bürgern ein Fahrradwegekonzept für die Stadt Wetzlar zu entwickeln. Ziel ist ein zusammenhängendes Wegenetz ein-schließlich der Verbesserung radverkehrsbezogener Infrastruktur, das den Bedürfnissen der Fahrradfahrer Rechnung trägt.

2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stelle eines (ehrenamtlichen) Radverkehrsbeauftragten zu schaffen.

3. Der Magistrat wird darüber hinaus beauftragt darauf hinzuwirken, dass bis zur Fertigstellung und Umsetzung des Fahrradwegekonzeptes die Beschreibung der bestehenden Radwege im Bereich der Stadt Wetzlar überprüft und den neuen rechtlichen Gegebenheiten angepasst wird.“

**zu 6 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012)
Vorlage: 1061/12**

Stv. H e d d e r i c h wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine Informationsvorlage handle. Der vorliegende „Ergänzungsbeschluss“ zur Vorlage passe damit nicht zusammen. Er bezog sich auf den Punkt a) und gab zu bedenken, dass bisher eine Erschließung eines Gebietes erst dann erfolgt sei, wenn die Flächen zu 70 % im Besitz der Stadt waren. Im Bereich von „Blankenfeld II“ befinden sich lediglich 30 % der Flächen bei der Stadt. Zu Punkt b) verwies Stv. H e d d e r i c h darauf, dass sich die Stadt im Bereich des Wahlheimer Weges mit Buderus Immobilien im Rechtsstreit befinde. Hier „schnellstmöglich einen Erwerb von Flächen im Stadtteil Hermannstein in die Wege zu leiten“ könnte zu Problemen führen. Er verwies weiter darauf, dass in Bezug auf neue Bauflächen wegen der vorliegenden großen Nachfrage Eile geboten sei.

Stv. B e c k unterstützte die Ausführungen. Er sagte, dass es sich seiner Ansicht nach hier um einen „Notantrag“ handle. Hierbei solle vor allem das Bauvorhaben am Rasselberg verhindert werden, um die Grundstücke zu hohen Preisen zu erschließen. Er führte aus, dass früher 70 % Grundbesitz Voraussetzung für die Erschließung waren, man sich jetzt aber mit 30 % zufrieden gebe. Er ging darauf ein, dass 220 interessierte Familien jetzt bauen möchten und nicht zu einem späteren Zeitpunkt. Beim Rasselberg seien alle Voraussetzungen erfüllt. Es sei daher nicht akzeptabel, wenn man diese Bebauung verhindere. Es sei ein „Betrügen“ von Bürgern.

Stv. P o h l führte aus, dass es zu einfach wäre, sich nur auf den Rasselberg zu beziehen. Er sagte weiter, dass in der Verantwortung von Herrn Beck als Baudezernent mehr hätte erfolgen müssen. Über das Thema „Rasselberg“ müsse gesondert geredet werden. In dem Bereich seien höchstens 60 Grundstücke vorgesehen. Ein Handlungsbedarf bestehe nicht, da in 2012 bisher keine Mittel für die Erschließung veranschlagt seien. Der Antrag auf Erschließung werde frühestens für den Haushalt 2013 zu prüfen sein.

Stv. P o h l bat um Aufnahme einer neuen Ziffer f) in den Beschlusstext, der wie folgt lauten solle:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

- f) in Form einer chronologischen Aufstellung zu berichten, welche Maßnahmen hinsichtlich der potentiellen Siedlungsflächen seit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes bzw. Raumordnungsplanes seitens der Stadt ergriffen wurden.“

Stv. D r o ß stimmte den Ausführungen von Stv. Pohl zu. Er ergänzte, dass in der Verantwortung von Herrn Beck im Bereich des Baugebietes Rothenberg, Garbenheim, in den letzten Jahren nichts passiert sei.

Stv. B e c k erkundigte sich, wie jetzt mit dem Ergänzungsbeschluss verfahren werden solle. StR S e m l e r antwortete, es sei über den Antrag abzustimmen, der sich auf die Mitteilungsvorlage beziehe.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag einschließlich der o. g. neuen Ziffer f):
7.3.1 (eine Kenntnisnahme der Mitteilungsvorlage erfolgte bereits in der Bauausschusssitzung am 07.11.2012).

**zu 7 Neugestaltung der Anbindung Verbrauchermarkt Dammstraße (L 3285)
Niedergirmes einschließlich der Wegeführungen und Bushaltestellen an
der Dammstraße
Vorlage: 1174/12**

Stv. B e c k wies darauf hin, dass im Bereich der Bushaltestelle in der Dammstraße das Gefahrenpotential entschärft werden solle. Ein großes Gedränge ergebe sich immer bei Schulbeginn bzw. Schullende. Die Busse sollten wie ursprünglich geplant in Richtung des Festplatzes verlegt werden. StR S e m l e r erläuterte, dass die Bushaltestelle verlegt werde. Der Weg für die Kinder werde dadurch vereinfacht. Zukünftig erfolgen die Verkehrsströme ohne Umwege.

Stv. B e c k führte weiter aus, dass die Radfahrer und Fußgänger durch die Wartenden im Bereich der Haltestellen behindert werden. StR S e m l e r erklärte, dass der Regel Fußweg 1,75 m betrage und der Radweg 2,50 m. Herr S c h a u b ergänzte, dass sich der Kreuzungsbereich verändern solle und die Verkehrsströme durch die Röhre geführt werden.

Stv. P o h l bat, den letzten Satz der Begründung zu streichen, da es sich um eine Mitteilungsvorlage handele.

Seite 3 der Begründung wird somit wie folgt geändert:

Der letzte Satz unter Ziffer 7 „Durchführung der Maßnahme“ erhält folgende Fassung:

„7. Die straßenseitige Erschließung ist bis zur Eröffnung des Verbrauchermarktes (16.10.2012) bereits realisiert worden. Die Zuwegungen zur Unterführung befinden sich im Bau. Die Umgestaltung der Bushaltestelle und der Um- bzw. der Rückbau des Geh- und Radweges entlang der Dammstraße sollen umgehend **nach erfolgter Information der städtischen Gremien** umgesetzt werden.“

Der Satz „Wir bitten um Zustimmung“ entfällt.

Der Ausschuss nahm die Vorlage mit o. g. Änderung der Begründung zur Kenntnis.

**zu 8 Grundstückstausch
NABU-Stiftung Hessisches Naturerbe, Wetzlar
Vorlage: 1220/12**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 9 Grunderwerb
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Koblenz
Vorlage: 1221/12**

Stv. P o h l fragte an, ob bekannt sei, was mit der Fläche, die beim Bund verbleibe und nicht zum FFH-Gebiet gehöre, angedacht sei. Herr H a r t e r t gab zur Kenntnis, dass es zwar Anfragen gebe, jedoch vom Bund noch keine Planungen vorliegen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 10 Grundstücksverkauf
Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar
Vorlage: 1222/12**

Stv. W o l f verwies darauf, dass das Gebäude bereits abgerissen worden sei bzw. sich gerade im Abriss befinde. StR S e m l e r erklärte, es sei zwingend erforderlich, dass in dem Bereich eine Grundstücksbereinigung erfolge.

Abstimmung: 11.0.0

zu 11 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 07.11.2012

Mitteilungen

StR S e m l e r beantwortete folgende Fragen aus der letzten Ausschusssitzung:

- Beratung Nachtragshaushalt: Wertermittlung Stadthaus am Dom
Frage von Stv. Pohl
Die Frage sei im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 12.11.2012 beantwortet worden.

- Dach Busbahnhof
Frage von Stv. Meißner
(Anlage 1)
- Fahrradboxen Busbahnhof
Frage von Stv. Pohl und Stv. Heil-Schön
(Anlage 2)

Stv. D r o ß führte aus, dass er sich bei der Bahn erkundigt habe, wie bezüglich der Fahrradboxen verfahren werde und die vorhandenen Informationen seien bestätigt worden. Er sehe vielmehr das Problem darin, dass nicht bekannt sei, wie in Bezug auf die Boxen zu verfahren sei. Bei den Boxen handele es sich grundsätzlich um Fahrradboxen für Pendler. Es wäre wichtig, dass an den Boxen eine entsprechende Information angebracht werde, wo die Schlüssel geholt werden können. Herr H a r t e r t gab zur Kenntnis, dass die Boxen beschriftet seien und sich darauf auch Hinweise befinden, wo die Schlüssel zu holen sind. StR S e m l e r sagte, dass man sich im ersten Halbjahr 2013 mit der Parkplatzsituation auseinandersetzen müsse. Dazu gehöre auch die Frage für Fahrradparkplätze und die Touristenlenkung.

- Städtisches Kanalnetz/Grundstücke im Talsweg (Garbenheim)
Anfrage von Stv. Pohl
(Anlage 3)

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 07.11.2012

Seite 8, letzter Absatz: Stv. P o h l bat, die Formulierung „Stv. Pohl zeigte sich erstaunt“ zu ändern und dahingehend zu formulieren, dass er hier lediglich um Information gebeten habe. Er bat darum, generell keine emotionalen Aussagen aufzuführen.

Seite 9, zweiter Absatz: Stv. P o h l gab zur Kenntnis, dass er hier falsch zitiert worden sei. Es sei keine Anregung von ihm gewesen, einen Kiosk zu integrieren. Er wollte vielmehr wissen, wann der vorgesehene Kiosk errichtet und wer der Betreiber sein werde.

Die Niederschrift wurde mit den o. g. Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 17 Verschiedenes

Wahlheimer Weg

StR S e m l e r gab Informationen zum derzeitigen Stand des Bebauungsplanes und zu geplanten Maßnahmen im Wahlheimer Weg. Im Februar 2011 wurde der Aufstellungsbe-

schluss einstimmig mit Enthaltung der Stimmen der Grünen-Fraktion beschlossen. Die Enthaltung bezog sich überwiegend auf den Teil des Konzeptes für die Verkehrsregelung am Goethe-Brunnen. Das Verkehrskonzept solle Anfang 2013 vorgestellt werden. Aufgrund der Aufhebung des Beschlusses im Juni 2011 konnte auch keine Genehmigung für die geplante Bebauung durch Buderus Immobilien erfolgen. Die Bauanträge wurden seitens der Stadt abgelehnt, man befinde sich derzeit im Rechtsstreit beim Verwaltungsgericht. Seit geraumer Zeit liege ein erneuter Bauantrag vor. Dieser werde auf der Verwaltungsebene entschieden, da es sich eindeutig um ein Verfahren nach § 34 BauGB handle. Die Entscheidung erfolge hier nicht durch den Magistrat, sondern durch das Bauordnungsamt.

StR S e m l e r informierte weiter, dass er in den letzten Tagen Gespräche mit den Anliegern geführt habe. Wegen der angespannten Personalsituation und des Hessentages sei der Bebauungsplan noch nicht erneut aufgenommen worden. Dies werde jetzt geschehen; eine entsprechende Info werde im Ausschuss zu gegebener Zeit vorgelegt.

Wohnbebauung ehem. C&A-Gebäude Hintergasse

Das Projekt „Wohnen an der Lahn“ wurde den Ausschussmitgliedern durch den Bauherrn vorgestellt.

AV N o a c k schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 16. Sitzung des Bauausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

N o a c k

K u l i g